

# Wirtschafts- und Sozialpolitik für den neuen Landkreis Görlitz: Wirtschaftswachstum und steigende Löhne durch intelligente Arbeit

Diskussionspapier, Stand: 10.6.2008

**Je mehr du gedacht, je mehr du getan hast, desto länger hast du gelebt.**

**Immanuel Kant**

Auf dem Gebiet der Wirtschafts- und die Sozialpolitik wird der neue Kreis Görlitz von Anfang an vor großen Herausforderungen stehen:

- Die Zahl der Menschen, die auf staatliche Unterstützung zur Finanzierung ihres Lebensunterhaltes angewiesen sind, liegt deutlich über dem Bundes- und Landesdurchschnitt. Etwa 46.000 Bewohner des neuen Landkreises (16 Prozent der Bevölkerung) werden ihren Lebensunterhalt im wesentlichen aus Arbeitslosengeld II bzw. Sozialgeld bestreiten müssen.
- Die **Kaufkraft** liegt gemessen an der Bruttolohnsumme je Einwohner in der Stadt Görlitz und im Kreis Löbau-Zittau nur bei zwei Dritteln des Bundesdurchschnitts. Dies ist eine Folge der **geringen Beschäftigungsquoten**, der verfestigten **Langzeitarbeitslosigkeit** (etwa 50 Prozent der arbeitslosen Menschen sind bereits länger als ein Jahr arbeitslos) und des **niedrigen Lohnniveaus**.
- Die niedrigen Löhne sind ihrerseits eine Folge der zu **geringen Arbeitsproduktivität** gemessen am Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen. Bei diesem Indikator lagen die Stadt Görlitz mit 41.193 Euro und der Landkreis Löbau-Zittau mit 39.790 Euro im Jahr 2004 auf den Rängen 422 und 432 unter 435 Landkreisen und kreisfreien Städten in ganz Deutschland.
- Obwohl die Arbeitslosenquote im neuen Landkreis bei etwa 19 Prozent liegen wird, droht der sich verschärfende **Fachkräftemangel** zu einem ernsthaften Wachstumshemmnis für die regionale Wirtschaft zu werden. Darauf deuten Umfragen bei den Unternehmen und Verwaltungen hin. Der Mangel an Fachkräften ist auch eine Folge der im Vergleich mit anderen Regionen viel zu **geringen Ausbildungsplatzdichte**.

Diesen Herausforderungen stehen als Pluspunkte gegenüber:

- der weit überdurchschnittliche Anteil an **hochqualifizierten Beschäftigten** mit Hochschulabschluß,
- der **niedrige Schuldenstand** der Gemeinden,
- die **hohen kommunalen Investitionsquoten** an den Gesamtausgaben in den beiden alten Landkreisen,
- die **Grenzlage** im Dreiländereck,
- das Ausbildungs-, Forschungs- und Entwicklungspotential der regionalen **Hochschulen**,
- mehrere ausbaufähige sektorale **Entwicklungskerne**,
- die gute Ausstattung mit attraktiven **weichen Standortfaktoren** und
- in der Stadt Görlitz der hohe Anteil an Beschäftigten in schnell wachsenden Branchen.

Angesichts der widersprüchlichen Situation am regionalen Arbeitsmarkt reichen diese Stärken aber für einen selbsttragenden Aufschwung der regionalen Wirtschaft nicht aus. Um den neuen Landkreis auf wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Gebiet leistungsfähig zu erhalten, bedarf es eines neuen Denkens in der regionalen Wirtschaftspolitik.

## ***Wachstumspolitische Maßnahmen***

Die **Wirtschaftsförderung** braucht eine flexible Organisation, die der unterschiedlichen Leistungsfähigkeit der Kreisgemeinden auf diesem Gebiet und den unterschiedlichen Anforderungen der einzelnen Wirtschaftszweige und Unternehmen Rechnung trägt. Im zukünftigen Landkreis Görlitz benötigen wir außerdem leistungsfähige Strukturen der zwischen- und überkommunalen Zusammenarbeit. Auf der Ebene der Regionen sollten wir eine Vernetzung und Verflechtung der Förderstrukturen anstreben, die die Partner in unseren Nachbarländern mit einschließt. Die Wirtschaftsförderung im zukünftigen Kreis Görlitz muß eine 360 Grad-Perspektive einnehmen. Als Zentrum der Euroregion Neiße soll der Landkreis Görlitz zu einer zugkräftigen Marke unter den Wirtschaftsstandorten entwickelt werden.

Gemeinsam mit unseren Nachbarn auf tschechischer und polnischer Seite wollen wir einen **gemeinsamen Wirtschaftsraum** entwickeln. Zusammenwachsende Arbeits- und Wohnungsmärkte werden für einen besseren Ausgleich von Angebot und Nachfrage an diesen Märkten sorgen. Für die deutsche Seite bietet sich damit die Chance, Wohnungsleerstände und Fachkräftemangel abzubauen. Weitere Vorteile für alle Partner werden sich aus der verbesserten betrieblichen Arbeitsteilung, aus der grenzüberschreitenden Kooperation von Betrieben und der höheren Binnenhandelsintensität im gemeinsamen Wirtschaftsraum ergeben. Um die sich daraus ergebenden Wachstumseffekte zu verstärken, muß auf den Gebieten der Raum- und Infrastrukturplanung eine engere Abstimmung mit den polnischen und tschechischen Partnern stattfinden. Der gemeinsame Wirtschaftsraum setzt auf der deutschen Seite eine offenere Haltung voraus. Er bietet allen Menschen in der Region viel mehr Chancen als Risiken. Es wäre daher zu begrüßen, wenn die Freizügigkeit für unsere EU-Nachbarn schon im Jahre 2009 hergestellt werden könnte.

Die wichtigste Voraussetzung für den gemeinsamen Wirtschaftsraum sind enge **kulturelle und zwischenmenschliche Verbindungen** zu unseren Nachbarn. Die Sprachkompetenz sollte daher besonders auf der deutschen Seite deutlich verbessert werden. Unsere Kinder sollen so früh wie möglich mit den Kindern unserer Nachbarn und deren Sprache und Kultur in Berührung kommen. Kulturpolitik hat im Grenzland nicht nur die Aufgabe, sich der eigenen Identität zu versichern, sondern auch die Nachbarn besser verstehen zu lernen.

Das wichtigste Ziel der **kommunalen Wirtschaftspolitik** im neuen Landkreis Görlitz ist die Steigerung der Arbeitsproduktivität und damit des Lohnniveaus in der Region. Die Fähigkeiten der Arbeitskräfte liegen derzeit zum Teil brach, weil die Beschäftigungsquote viel zu niedrig ist. Es kommt hinzu, daß die Produktivität der Beschäftigten trotz des hohen Anteils an Hochschulabsolventen unter ihnen zu niedrig liegt. Die Region bleibt damit weit unter ihren wirtschaftlichen Möglichkeiten.

Um die Produktivität und die Löhne spürbar zu steigern, sind aber erhebliche Investitionen in Sachkapital, in Forschung und Entwicklung sowie im Bereich der Aus- und Weiterbildung erforderlich. Die Niedriglohnsegmente des Arbeitsmarktes und darunter insbesondere die exportorientierten Niedriglohnbranchen müssen allmählich zugunsten von mehr **intelligenter Arbeit** schrumpfen, denn nur intelligente Arbeit wird gut bezahlt. Intelligente Arbeit wird als kapital-, forschungs- und weiterbildungsintensive Arbeit definiert, die die Menschen vielseitig fordert und ihnen neben Aufstiegs- und Qualifizierungschancen auch bessere Einkommensaussichten bietet.

Für mehr intelligente Arbeit muß sich der Branchenmix der regionalen Wirtschaft spürbar verändern. Wir brauchen in Zukunft noch viel mehr **intelligente Unternehmen** mit einer hohen Kapital-, Forschungs- und Weiterbildungsintensität. Solche Unternehmen sind aber auf überregionalen und grenzüberschreitenden Absatz angewiesen. Mit einer zu einseitigen Betonung regionaler Wirtschaftskreisläufe kann die Einkommenssituation der Arbeitnehmer in der Region dagegen nicht wesentlich verbessert werden. Dies kann nur durch intelligente Arbeit geschehen – und die ist eher exportorientiert.<sup>1</sup> Die vorhandenen Kompetenzen und die Wettbewerbsfähigkeit unserer regionalen Wirtschaft etwa in den Bereichen der Textilindustrie, der Kunststofftechnik, der Glasindustrie, der Energietechnik und des Fahrzeugbaus einschließlich der Bahntechnik müssen so weiterentwickelt werden, daß noch mehr intelligente Arbeit zum Einsatz kommt.

Intelligente Arbeit heißt auch, die Zusammenarbeit zwischen den **Hochschulen** und den Unternehmen in der Region noch weiter zu intensivieren. Die Fähigkeiten der Menschen sind letzten Endes der entscheidende Wettbewerbsfaktor der regionalen Unternehmen. Vor allem braucht die regionale Wirtschaft einen ausreichend ergiebigen und auf ihre betrieblichen An-

---

<sup>1</sup> Es gibt einen positiven Zusammenhang zwischen der Exportorientierung der Branche, der ein Unternehmen angehört, und seinen FuE-Aufwendungen: Steigt die Exportquote der Branche um einen Prozentpunkt, wachsen die FuE-Aufwendungen der Unternehmen um 1 Prozent. Quelle: gemeinsame Studie von ZEW, ifo, DIW, SV: „FuE- und Innovationsverhalten von KMU und Großunternehmen unter dem Einfluß der Konjunktur“, Studien zum deutschen Innovationssystem Nr. 22-2004 im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF).

forderungen zugeschnittenen **Fachkräftepool**, um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können. Nur mit intelligenter Arbeit kann der Teufelskreis aus sinkenden Einwohnerzahlen, sinkender Nachfrage, Fachkräftemangel, rückläufiger Beschäftigung, sinkenden Steuereinnahmen und der Ausdünnung von Infrastruktur und Verwaltung durchbrochen werden.

Die anderen kommunalen Fachpolitiken (z.B. Kultur-, Arbeitsmarkt- und Umweltpolitik) müssen für die Bedürfnisse der regionalen Wirtschaft sensibilisiert werden, um die Effektivität der kommunalen Wirtschaftsförderung zu steigern. Die sogenannten „**weichen**“ **Standortfaktoren** sind hier genauso wichtig wie die harten. Ein vielfältiges kulturelles Angebot, eine ausreichende ärztliche Versorgung, ein vielseitiges Sportangebot, sanierte historische Stadtbilder, ein gepflegter und sicherer öffentlicher Raum und eine intakte Natur sind für die Ansiedlung von Unternehmen und Arbeitskräften nicht weniger bedeutsam als eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur und ein ausreichendes Angebot an Gewerbeflächen.

### **Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen**

Der Arbeitsmarkt im neuen Landkreis weist ein viel zu großes **Niedriglohnsegment** auf. Die niedrigen Löhne haben dazu geführt, daß auch viele Arbeitnehmer auf das Arbeitslosengeld II als zusätzliche Einkunftsquelle zur Sicherung ihres Lebensunterhaltes angewiesen sind. Im Kreis Görlitz werden etwa 46.000 Personen in Bedarfsgemeinschaften leben. Aus den staatlichen Haushalten werden jeden Monat 14,3 Mio. Euro aufgewendet werden müssen, um ihren Lebensunterhalt zu finanzieren.

Der Arbeitsmarkt wird außerdem durch die hohe und verfestigte **Langzeitarbeitslosigkeit** belastet. Sowohl die Arbeitslosenquote als auch der Anteil der ALG II-Empfänger an allen erwerbsfähigen Personen werden im neuen Kreisgebiet bei etwa 19 Prozent liegen. Gleichzeitig leiden die Unternehmen der Region zum Teil schon heute unter **Fachkräftemangel** – nicht zuletzt als Folge einer viel zu geringen Ausbildungsplatzdichte. Der Fachkräftemangel wird sich in Zukunft wegen der gegebenen Altersstruktur der Bevölkerung noch deutlich verschärfen. Außerdem setzen die Unternehmen ihre Mitarbeiter mit Hochschulabschluß offenbar in vielen Fällen nicht so ein, daß sie ihr Potential voll entfalten können. Diesen Schluß läßt die trotz eines weit überdurchschnittlichen Anteils an Hochschulabsolventen unter den Beschäftigten weit unterdurchschnittliche Arbeitsproduktivität zu. Wir haben es also mit einem **gespaltenen Arbeitsmarkt** zu tun. Die Profile von Angebot und Nachfrage am Arbeitsmarkt passen nicht zusammen. Es kommt hinzu, daß die Unternehmen in der Vergangenheit zu wenig ausgebildet haben. Der Fachkräftemangel ist damit zum Teil hausgemacht.

Angesichts dieser Situation sind die beiden wichtigsten Aufgaben der Arbeitsmarktpolitik im Kreis Görlitz daher:

- die Sicherung eines ausreichend ergiebigen und auf die betrieblichen Anforderungen der regionalen Wirtschaft zugeschnittenen **Fachkräftepools** und
- der **Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit**.

Der Kreis Görlitz darf das Ziel nicht aufgeben, allen seinen Bürgern die Chance auf Teilhabe am öffentlichen Leben durch Erwerbsarbeit zu bieten. Regelmäßige Erwerbsarbeit erhält die Gesundheit, schützt vor sozialem Ausschluß, stiftet Lebenssinn und sie hat eine Vorbildfunktion gegenüber den eigenen Kindern. Das Endziel ist daher nach wie vor die **Vollbeschäftigung** und dieses Ziel ist auf lange Sicht nicht unerreichbar.

Wegen ihres ungeheuerlichen Ausmaßes kann die Langzeitarbeitslosigkeit nur auf lange Sicht auf ein akzeptables Niveau zurückgeführt werden. Die **Qualifizierung langzeitarbeitsloser Menschen** für die aktuellen Erfordernisse des Arbeitsmarktes hat Priorität. Darüber hinaus sind für die absehbare Zukunft auch die Instrumente der Arbeitsförderung weiterhin intensiv nutzen, um möglichst vielen Bürgern die Möglichkeit zu geben, durch eigene Arbeit eine spürbare Verbesserung ihrer Lebenssituation zu erreichen. Dabei dürfen ihre Vermittlungschancen auf den ersten Arbeitsmarkt aber nicht beeinträchtigt werden, denn Arbeit qualifiziert – aber nicht jede.

Auch den Menschen mit mehreren Vermittlungshemmnissen sollen sinnvolle und zumutbare Beschäftigungsmöglichkeiten angeboten werden. Zu diesem Zweck kann insbesondere das neue Bundesprogramm für öffentliche Beschäftigung in Regionen mit besonders hoher Arbeitslosigkeit (**Kommunal-Kombi**) als **langfristig angelegte Übergangslösung** bis zur Wiederherstellung einer tragbaren Beschäftigungsquote in der Region eingesetzt werden. Die Interessen und die Ausbildung der Arbeitssuchenden können dabei mit individualisierten Angeboten berücksichtigt werden. Als Einsatzgebiete kommen beispielsweise Kinderbetreuung, Kultur, Sport und Jugendarbeit in Frage. Zur Finanzierung kann der entfallende Unterkunftskostenanteil des Kreises am Arbeitslosengeld II eingesetzt werden. Für langzeitarbeitslose Menschen ohne besondere Vermittlungshemmnisse haben aber die individuelle Qualifizierung und die Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt Vorrang.

Auf dem steinigen Weg zum Abbau der hohen Langzeitarbeitslosigkeit müssen die vorhandenen sozialen Netzwerke, das Vereinsleben und das ehrenamtliche Engagement gestärkt werden, um den **sozialen Zusammenhalt** der Gesellschaft zu bewahren. Arbeitslose Menschen und ihre Angehörigen dürfen nicht stigmatisiert oder ausgeschlossen werden. Arbeitslosigkeit darf nicht zu Vereinsamung und Dequalifizierung führen.

Dem **Fachkräftemangel** muß mit verschiedenen Instrumenten entgegengewirkt werden. Dieses Problem sollte der regionalen Wirtschaft noch bewußter gemacht werden, damit die Unternehmen sich mehr in der Aus- und Weiterbildung engagieren und von sich aus Maßnahmen zur langfristigen Bindung und zur Gewinnung von Fachkräften ergreifen. Weiterhin muß die Region insgesamt so attraktiv wie möglich für junge Menschen werden, damit sie per saldo nicht mehr ab-, sondern zuwandern. Den jungen Menschen müssen die beruflichen **Chancen in ihrer Heimatregion** noch bewußter gemacht werden. Ihre Berufswünsche sind noch stärker auf das von der regionalen Wirtschaft nachgefragte Profil abzustimmen.

Auch der Erfahrungsschatz der älteren Arbeitnehmer kann viel besser genutzt werden als bislang. Unabhängig von ihrem Lebensalter sollten alle Arbeitnehmer einen noch besseren Zugang zu beruflichen Weiterbildungsmöglichkeiten erhalten. Das Leitbild ist hier die „**lernen-**

**de Region**“. Darunter wird eine Region verstanden, in der die Arbeitnehmer und die Organisationen, in denen sie beschäftigt sind, kontinuierlich ihre Fähigkeiten erneuern und erweitern, in der neues Denken gefördert wird und in der Arbeitnehmer, Unternehmen, Schulen, berufliche Bildungseinrichtungen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen zusammenwirken, um diese Lernprozesse zu fördern.